

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 57 64 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 28. Januar 1919

Krieg und Wissenschaft.

Unter der Überschrift „Ausschließung der deutschen Chemiker“ wird im Chemical Trade Journal vom 30./11. 1918 ein Artikel aus der „Morning Post“ wiedergegeben, in dem es u. a. heißt: „Ein weiterer Schritt in der Richtung der Ausschließung der Boches aus der internationalen wissenschaftlichen Welt soll in dieser Woche in Paris getan werden, wo die Alliiertenkonferenz der Nationalen Gelehrten Akademien eine dreitägige Versammlung abhalten wird. Diese Versammlung ist die Folge eines Beschlusses führender Wissenschaftler in allen alliierten Ländern, nach dem es zumindest auf viele Jahre hinaus unmöglich sein wird, mit deutschen Gelehrten in irgendwelcher Art und Weise persönlichen Verkehr zu pflegen. Nach der Äußerung eines englischen Delegierten bedeutet dies, daß alle früheren internationalen Beziehungen und Vereinigungen als abgebrochen zu gelten haben, und daß es nötig ist, an ihre Stelle neue zu setzen. Insbesondere auf den Gebieten der Geodäsie, Seismologie, Meteorologie usw. müsse das deutsche Element aus den internationalen Verbänden ausgeschaltet werden. Die Hauptgeschäftsstellen verschiedener dieser Organisationen befänden sich in Deutschland, infolgedessen habe die Führung der Vereinsgeschäfte während des Krieges vielfach stillgestanden, und alle diese Gesellschaften müßten deshalb reorganisiert werden. Ein persönlicher Verkehr mit den Deutschen sei in Anbetracht der Unterstützung und Entschuldigung des ungerechtesten Krieges, der jemals geführt worden wäre, vollständig ausgeschlossen. Niemand würde die jetzige Generation das Manifest vergessen, das 93 deutsche Gelehrte zu Beginn des Krieges verfaßt und unterzeichnet hätten, als die Deutschen noch glaubten, daß die Eroberung der Welt im Bereich der Möglichkeit läge. Durch dieses Manifest hätten die deutschen Gelehrten sich ihrer wissenschaftlichen Würde entäußert, indem sie diesen Krieg unterstützt hätten, in welchem von Deutschland jenes Gesetz der Humanität und Zivilisation verletzt worden sei. Außerdem sei jetzt bekannt geworden, daß die früheren deutschen Fachgenossen, insbesondere die Mitglieder internationaler Vereinigungen, deren Hauptsitz in Deutschland sei, diese Vereinigungen zu ganz anderen Zwecken als zu rein wissenschaftlichen mißbraucht hätten. Verschiedene dieser vorwiegend unter deutschem Einfluß stehenden Assoziationen seien nichts anderes gewesen als Ableger des deutschen Spionagedienstes, deren Hauptzweck die Verbreitung der deutschen Hegemonie nicht nur über Europa, sondern über die ganze Welt gewesen sei. Die Engländer müßten es daher ablehnen, mit solchen Menschen persönlich zu verkehren.“

(Die ungeheuerliche Behauptung, deutsche Gelehrte hätten unter dem Deckmantel der Wissenschaft Spionage getrieben, beweist, daß in manchen englischen Köpfen die durch den Krieg verursachte geistige Verwirrung immer noch anhält. Die deutschen Gelehrten werden unter diesen Umständen gewiß auch ihrerseits keinen besonderen Wert darauf legen, „mit solchen Menschen persönlich zu verkehren“.)

Eine Ablehnung des wissenschaftlichen Boykotts. Weniger als je scheinen unsere europäischen Feinde reif zu der Einsicht zu sein, wie wenig ihre Ablehnung des wissenschaftlichen Verkehrs mit der deutschen Gelehrtenwelt der Würde der Wissenschaft entspricht.

Mit Zuversicht darf man erwarten, daß die Vernunft später einkehren wird. Die Leistungen der deutschen Wissenschaft werden die jetzt feindlichen Länder einfach dazu zwingen. Immerhin ist es erfreulich zu sehen, daß wenigstens auf Seiten eines unserer Gegner diese besondere Art von Kriegspsychose ausdrücklich abgelehnt wird. Der Präsident der Kaiserlichen Universität in Tokio hat am 12./10. 1918 an die Studenten eine Ansprache gerichtet, in der er sich gegen die mißverständliche Auffassung vieler Engländer und Japaner richtet, als ob unter den japanischen Intellektuellen eine dem Zusammenhalt des Verbandes schädliche Deutschfreundlichkeit herrsche. In dieser Ansprache, die er der in Tokio in englischer und japanischer Sprache erscheinenden Monatsschrift The New East zum Abdruck übergeben hat, finden sich die folgenden bemerkenswerten Sätze:

In England und Amerika haben verschiedene wissenschaftliche und philosophische Gesellschaften die Deutschen aus ihren Mitgliederlisten gestrichen, ja man sagt, daß einigen Deutschen ihr Doktorgrad aberkannt worden sei. Solche Vorkommnisse machen auf die Japaner einen merkwürdigen Eindruck, denn diese meinen, daß Krieg Krieg und Wissenschaft Wissenschaft ist, und daß die beiden Dinge nicht miteinander verwechselt werden dürfen. *Ec.***

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Vereinigte Staaten. „Economiste Européen“ vom 20. 12. 1918 schreibt: Vom Januar 1919 ab werden alle Ausfuhrbeschränkungen für Waren und Erzeugnisse amerikanischer Herkunft aufgehoben; ebenso werden die festgesetzten Höchstpreise von diesem Tage ab ihre Gültigkeit verlieren. *ar.*

Niederlande. Die Ausfuhr von Seifen und Seifensurrogaten in jeder Form ist verboten. Das Verbot des Handels mit Arachisöl ist aufgehoben. *H-h.*

Die Regierung reichte eine Gesetzesvorlage zur Erhebung eines Ausfuhrzolles auf Petroleum, Benzin und Gasolin aus Niederländisch-Indien ein. Der Zoll soll drei Gulden für 1000 kg betragen und einen Teil der Mittel für die Ausdehnung der niederländisch-indischen Kriegsflotte liefern. *on.*

Belgien. Die Zuckerbestände sind von der Regierung beschlagnahmt worden. (Maasbode 30. 12. 1918.) *on.*

Schweiz. Regelung des Verkehrs mit Brennstoffen. Infolge der knappen Zufuhren an Kohle hat das Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement durch eine Verfügung vom 27./11. 1918 sämtliche in der Schweiz vorhandenen und neu hinzukommenden Brennstoffe, wie ausländische und inländische Kohle aller Art, Koks, Briquets, Holz, Torf und weitere zu Verfeuerungszwecken geeignete feste Stoffe für beschlagnahmt erklärt. Ausgenommen von der Beschlagnahme sind die Vorräte der schweizerischen Bundesbahnen, der privaten Transportanstalten, der Gaswerke, sowie der Hausbrandverbraucher und Kleinbetriebe. Industrielle Verbraucher können aus ihren Vorräten das ihnen bewilligte Monatskontingent in ihrem Betriebe verbrauchen. Die Abteilung für industrielle Kriegswirtschaft des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements kann beschlagnahmte Vorräte enteignen und verteilen, sowie die Übernahme und Abgabebedingungen festsetzen. *on.*

Tschecho-Slowakische Republik. Die Regierung hat eine Verordnung erlassen, nach der die bisherigen Kontingente der landwirtschaftlichen Spiritusfabriken bis 31. 8. 1920 in Geltung bleiben, während den gewerblichen Spiritusfabriken ein Anteil an dem niedriger versteuerten Spirituskontingent nicht mehr zugebilligt wird, weil die gewerblichen Betriebe besser fundiert und des Schutzes von Steuerbegünstigungen nicht bedürftig seien. Die Bonifikation für die landwirtschaftlichen Brennereien wird wie folgt festgesetzt: 4 Kr. für 1 hl bei einer durchschnittlichen Tagesleistung bis 2 hl; 2 Kr. bei einer Erzeugung von mehr als 2 hl, jedoch nicht mehr als 4 hl. Betriebe mit einer Erzeugung von über 4 hl erhalten keine Bonifikation.

Wie die in Prag erscheinende Landwirtschaftliche Brennereizeitung berichtet, sind im Komitat Malacka zwölf Brennereien, die mit Spiritus überfüllt sind. Zu Sastine ist auch eine große Menge Spiritus vorhanden. (D. Dest.-Ztg.) *u.*

Schweden. Die Einfuhr von alkoholhaltigen Waren ist durch drei Kundmachungen vom 18. 12. 1918 geordnet, die sämtlich am 1. 1. 1919 in Kraft getreten sind. Danach werden die Mengen Trinkspiritus und vergällten Spiritus für den Eigengebrauch der Reisenden genau festgesetzt. Die Einfuhr von Spiritus und anderen alkoholhaltigen Waren für wissenschaftliche, medizinische, pharmazeutische, technische, industrielle oder ähnliche Zwecke bedarf der besonderen Genehmigung der Kontrollbehörde. (Nach Svensk Författningssamling.) *ll.*

Deutschland. Die Beschlagnahme von Rohgummi, synthetischen Kautschuk, Gummimischungen, Gummilösungen, Altgummi, Gummiregenerate, Guttapercha und Balata bleibt vorläufig in Kraft. Schweißblätter, Kautschukpflaster, Gummischuhe und -stiefel dürfen nur hergestellt werden, wenn dazu weder Rohgummi noch Regeneratgummi verwendet wird. *ar.*

Die Verteilungsstellen haben Auftrag, bei der Verteilung knapper Rohstoffe der chemischen Industrie fortan die linksrheinisch gelegenen Verbraucher wieder zu berücksichtigen, da die feindliche Waffenstillstandskommission der deutschen die Ausfuhr der chemischen Erzeugnisse nach dem rechtsrheinischen Gebiet grundsätzlich in Aussicht gestellt hat. *dn.*

§ 1 Abs. 2 der Bekanntmachung über Stickstoff vom 18. 1. 1917 (vgl. Angew. Chem. 30, III, 58 [1917]) erhält laut

Verordnung vom 9. 1. 1919 folgende Fassung: Der Reichskommissar für Stickstoffwirtschaft untersteht dem Reichswirtschaftsamt.

Die Verfügungen betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von cadmiumhaltigen Stoffen treten außer Kraft, soweit sie nicht schon durch die den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen der Kriegs-Rohstoff-Abteilung vom 18. 12. 1918 aufgehoben worden sind.

Mit dem 1. 2. 1919 werden außer Kraft gesetzt: die Bekanntmachungen über baumwollene Verbandstoffe vom 1. 12. 1917, 15. 12. 1917, 19. 1. 1918, 23. 2. 1918, 14. 6. 1918 und 23. 11. 1918. (Reichsanzeiger Nr. 285.)

Neuwahl der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder. Die preußische Verordnung, betreffend die Verlängerung der Amtsdauer der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder, vom 28. 3. 1918 und die auf ihrer Grundlage ausgesprochenen Verlängerungen der Amtsdauer dieser Personen treten außer Kraft. Auf allen Bergwerken, für die nach § 80 f und § 80 fs des preußischen allgemeinen Berggesetzes in der Fassung der Novelle vom 28. 3. 1909 Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner oder nur Arbeiterausschüsse vorhanden sein müssen, sind unverzüglich Neuwahlen der Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder nach Maßgabe der berggesetzlichen und der auf Grund des § 80 f p a. a. O. erlassenen Bestimmungen, soweit sie nicht durch den folgenden Absatz abgeändert werden, vorzunehmen.

Bei der Wahl der Arbeiterausschußmitglieder für die Belegschaft über Tage der im § 80 f a. a. O. bezeichneten Betriebe und für die unter § 80 fs a. a. O. bezeichneten Betriebe sind wahlberechtigt und wählbar alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter des Betriebes, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Bis zur Durchführung der Neuwahlen bleiben die jetzigen Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder in ihrem Amt.

Die Sozialisierung des Bergbaues (vgl. S. 25). Eine Verordnung, betreffend den Bergbau, vom 18./1. 1919 bestimmt:

1. Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen — Sozialisierung — werden sofort für die einzelnen Bergbaugebiete Reichsbevollmächtigte ernannt. Die Ernennung erfolgt durch die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem zuständigen Bundesstaat, unbeschadet dessen sonstiger Aufsichtsbefugnisse. Unter den Reichsbevollmächtigten muß sich je ein Vertreter der Unternehmer und Arbeiter befinden, die von der Reichsregierung auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (Reichsanzeiger vom 18./11. 1918 Nr. 273) ernannt werden.

Aufgabe dieser Bevollmächtigten ist es, die wirtschaftlichen Vorgänge auf dem Gebiet der Kohlenförderung, des Absatzes und der Verwertung der Kohle fortdauernd auch hinsichtlich der Preisbemessung zu überwachen.

2. In allen Betrieben, in denen auf Grund der Berggesetze ständige Arbeiterausschüsse bestehen, sind vorbehaltlich des § 12 der Verordnung vom 23./12. 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1456) unverzüglich solche Ausschüsse, Zechen- oder Bergwerksräte aus der Mitte der Arbeiter des Betriebes in unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl und nach näherer Maßgabe der Vorschriften der Verordnung vom 23./12. 1918 zu wählen.

Eine Wahl von Arbeiterausschußmitgliedern durch Sicherheitsmänner findet nicht mehr statt. Die einschlägigen landesgesetzlichen Bestimmungen treten außer Kraft. Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Wahl und Befugnisse der Sicherheitsmänner bleiben in Geltung.

3. Über eine Vertretung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse zusammengehöriger Bergwerksgebiete wird eine Verordnung im Sinne des nicht zur Erledigung gelangten Arbeitskammergesetzes (Reichstagsdrucksache 13, Legislaturperiode Nr. 1490) ergehen. —

dn.

Übersichtsberichte.

Die englische Farbstoffindustrie und die Haltung der Regierung. Professor Henry E. Armstrong führt in einer Sondernummer des Glasgow Herald vom 28./12. 1918 folgendes aus: Es ist schwer, mit Gleichmut von der Lage zu schreiben, in die Farbstoffindustrie während des Krieges hineingetrieben worden ist durch Unwissenheit an höherer Stelle und, was schlimmer ist, durch dauernde Weigerung der Amtswelt, auf die Stimme der Vernunft von seiten derjenigen zu hören, die technische Kenntnisse hinsichtlich der völlig besonders gearteten Bedürfnisse dieser Industrie besaßen. Fast jede Gelegenheit ist versäumt worden, und der Friede wird uns in der Lage finden, nicht auch nur den zehnten Teil

unseres Bedarfs decken zu können, von irgendwelchem Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht zu reden.

Eine verspätete Denkschrift des Handelsamts betitelt „Staatshilfe für die Farbstoffindustrie“ wurde dem Parlament im November vorgelegt. Es ist darin enthalten ein „Plan für die Verwendung und Verwaltung der vom Parlament bewilligten Mittel für die Förderung der Farbstoffindustrie durch Geldhilfe für Gesellschaften und Einzelfirmen zum Zwecke der Vergrößerung ihrer Anlagen oder von Forschungen“. Es handelt sich um die Teilbewilligung von 1 Mill. Pfd. Sterl. für das laufende Rechnungsjahr (April 1918 bis März 1919) aus einer Gesamtsumme von 2 Mill. Pfd. Sterl.

Die Verwaltung soll in den Händen eines Farbstoffkommissars liegen, dem beratend und helfend zur Seite stehen: ein Vorschußzuwendungsausschuß, ein Gewerbe- und Konzessionierungsausschuß, ein Inspektor der Forschungen und ein Inspektor des Rechnungswesens. Diese Organisation ist in vielfacher Hinsicht unbefriedigend in Anbetracht der äußerst schwierigen und verwickelten Fragen, um die es sich handelt.

Ausländischer Wettbewerb. Nach Pressemeldungen ist die deutsche Farbstoffindustrie ganz zuversichtlich, daß sie ihre Stellung behaupten wird. Die Wahrscheinlichkeit, daß England der Flut ausländischen Wettbewerbes wehren können, ist sicherlich fernliegend. Wie es die Sachkenner erwartet haben, werden wir bei Kriegsende nicht darauf gerüstet sein, dem Bedarf der Färber nach Anzahl und Güte der Farbstoffe gerecht zu werden. So ansehnlich verhältnismäßig der gemachte Fortschritt sein mag, so ist doch das Feld der Industrie so weit, die Mannigfaltigkeit des Bedarfs so groß, die Art der Betriebe so besonders verwickelt, daß unsere Fortschritte nur einen sehr kleinen Teil des Gesamtgebiets ausmachen. Leider ist eine der Hauptursachen unseres Mißerfolgs, daß die Regierung eingegriffen hat, und es ist wenig wahrscheinlich, daß wir weiter kommen, solange dies Eingreifen des Staates wie bisher gehandhabt wird. Schon frühzeitig nahm das Handelsamt die Sache in die Hand und verfolgte, entgegen allem fachmännischen Rat, einen Weg, der unmöglich ans Ziel führen konnte. Das Amt errichtete und unterstützte nicht nur, was auf ein staatliches Unternehmen hinausläuft, sondern entmutigte auch hinsichtlich der Entwicklung anderer ähnlicher und unabhängiger Unternehmungen. Von Anfang an war die Leitung des Regierungsunternehmens technisch unbefriedigend und veraltet.

Die Gesellschaft hat für ihre Erzeugnisse viel kühne Reklame gemacht, aber für technische Augen sind die Anzeigen nur der Beweis für die beschränkte und dürftige Art der gemachten Fortschritte gewesen, eigentlich nichts wie ein offenes Eingeständnis der Schwäche, das auf letzthin stattgehabten Ausstellungen noch unterstrichen wurde. Persönlich habe ich beim Betrachten der wenigen weitläufigen Reihen von Proben nichts geringeres als eine Art Scham empfunden, indem ich die früher in deutschen Schaukästen gesehenen dichtgedrängten Reihen im Kopfe hatte. Andere Firmen, die die Regierung nicht förderte und nicht hinderte, haben die Gelegenheit besser ausgenutzt. Die Fortschritte der Levinstein-Gesellschaft in Manchester sind ganz bemerkenswert gewesen. Die ganz neu in Huddersfield von der Firma Holliday errichtete Anlage ist besonders gut entworfen, und die Farbstoffe, die sie herstellt, sind von anerkannt hoher Güte, ihre Zahl ist freilich nicht groß, aber für die Zeitumstände nicht unbefriedigend.

Die British Alizarin Company in Silvertown, deren Erzeugung vor dem Kriege durch eine Abmachung mit den Deutschen bestimmt wurde, hat ihren Betrieb vergrößert, und ihre Farbstoffe sind der Güte nach einwandfrei, doch hat sie es sonderbarerweise an Initiative fehlen lassen. Sie hat die Anzahl ihrer Erzeugnisse nicht vermehrt, obgleich ihr Arbeitsgebiet sehr der Entwicklung bedürftig war. Unter diesen Umständen sind die Fortschritte der Solway Dyes Company in Carlisle um so bemerkenswerter und ermutigender. Sie wird geleitet von James Morton, der zugleich an der Spitze der Sundour Fabrics Company steht, deren Gewebe vor dem Kriege einen hohen Ruf wegen ihrer Farbenbeständigkeit bei längerer Sonnenbestrahlung genossen. Um diese Wirkung hervorzubringen, wurde eine besondere Art deutscher Küpenfarbstoffe aus Steinkohlenteer-Anthrazen verwendet. Da diese hier oder sonst außerhalb Deutschlands nicht zu beschaffen waren, brachte der Krieg die Firmen in eine mißliche Lage. Morton entschloß sich, die Herstellung selbst zu unternehmen, obgleich er technische Erfahrungen nur in der Verwendung von Farbstoffen besaß. Er hat einen sachverständigen Mitarbeiterstab zusammengebracht und ist schon imstande, nicht nur seinen eigenen Bedarf zu decken, sondern auch zu verkaufen, und ist so erfolgreich gewesen, daß er Farbstoffe seiner Sonderklasse in größerer Mannigfaltigkeit hervorgebracht hat als andere englische Fabrikanten. Auch die Güte seiner Erzeugnisse ist sehr groß. Sein Erfolg ohne Regierungsbeihilfe ist ein schlagender Beweis für den Wert von Unternehmungsgeist und Originalität; wären ein paar solcher Männer mit der Förderung der Industrie beschäftigt gewesen, so würde sie längst zu organisierter Tätigkeit erweckt und unser gerechter Anteil uns gesichert sein.

Der Zusammenschluß der Levinstein-Gesellschaft mit British Dyes, die mit einer für unsere Art und Weise nur zu charakteristi-

sehen Langsamkeit betrieben worden ist, stellt wohl einen diplomatischen Schachzug der Regierung dar, um das Regierungsunternehmen vor dem Schicksal des Schrotthaufens zu bewahren, indem seine Gebäude und materiellen Hilfsquellen der Levinstein-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden in der Hoffnung, daß deren technische Fähigkeit zur Rettung der Situation führen kann. —

Der in der oben erwähnten Denkschrift niedergelegte Plan der Regierung ist der Art, daß er allerhand Schwierigkeiten schafft. Die Wahrscheinlichkeit eines Wettbewerbs auf Leben und Tod in der Industrie muß offenbar ins Auge gefaßt werden; doppelte Arbeit und Hinübergreifen in fremde Tätigkeitsgebiete müssen sich fast mit Sicherheit in nicht wenigen Fällen ergeben, da die Gegenseitigkeitsbeziehungen, die die Deutschen zwischen ihren Firmen geschaffen haben, hier keine Parallele finden. Schon haben die Levinstein-British Dyes-Leute ihre Mißstimmung darüber zu erkennen gegeben, daß noch andere Firmen vorhanden sind, und das Handelsamt hat den letzteren während des Krieges sattsam wenig Teilnahme gezeigt. Es ist unwahrscheinlich, daß der neue Apparat, den das Handelsamt ins Leben ruft, etwas taugen wird. Der Ausschuß, der den Farbstoffkommissar unterstützen soll, wird aus einem vom Handelsamt ernannten unabhängigen Vorsitzenden, vier Farbstoffherstellern und vier Farbstoffverbrauchern bestehen. Nach früheren Leistungen des Amtes kann Vorsitzender ebensogut ein Schlächter, Bäcker oder Kerzenmacher, irgend jemand außer einem in der Kunst der Farbstoffherstellung erfahrenen Mann werden. Farbstoffverbraucher wissen nichts von der Farbstoffherstellung, und diese Gruppe ist daher offenbar zu stark vertreten, und da von den vier Farbstoffherstellern zwei von der Gruppe British Dyes-Levinstein und nur einer von anderen Firmen mittels der Gruppe „Farbstoffe und Zwischenprodukte“ des Verbandes der chemischen Fabriken (British Chemical Manufacturers), der vierte aber vom Handelsamt ernannt werden soll, wird die Vertretung anderer Interessen als der von British Dyes und Levinstein schwerlich befriedigend sein. Für die Vertretung der chemischen Wissenschaft ist gar keine Vorsorge getroffen, es ist vielmehr klar, daß alles beständige Gerede der letzten Jahre von Wiedergutmachung der Fehler der Vergangenheit und Herbeiführung enger Zusammenarbeit zwischen Industrie und Wissenschaft nichts als Schlagworte und leere Redensarten waren. Man muß hoffen, daß das vom Parlament bewilligte Geld bald zu Ende sein und der Regierungsapparat aufgegeben werden wird, so daß die Industrie sich ungehindert entfalten kann.

Der Krieg scheint uns nichts gelehrt zu haben, nichts hinsichtlich der Notwendigkeit unseren Verstand zu brauchen, wenn wir uns in Zukunft behaupten wollen. Die erstaunlichste Seite unseres Regierungssystems ist die Art, in der sich unsere Politiker herausnehmen, Probleme zu behandeln, von denen sie durchaus nichts wissen, für die ihnen jedes zur Schau getragene Gefühl in Wirklichkeit abgeht, während sie ganz gut wissen, daß das bei den Beamten, die ihnen die Unterlagen geben und sie schieben, um kein Haar anders steht. Wir sind als Nation verloren, wenn wir mit diesem System nicht aufzuräumen und überall die Sachkunde walten zu lassen verstehen. Nachdem wir jetzt in so starkem Maße die Gelegenheit versäumt haben, müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen. Daß die deutschen Farbstoffe den Markt während einiger kommender Jahre beherrschen werden, da keine anderen Hersteller in der Lage sind, sie in genügender Mannigfaltigkeit zu liefern, scheint außer Frage zu stehen, wir können es uns nicht leisten, Gewerbszweigen, die 200—300 Millionen Pfund an Wert ausmachen, aus sentimentalen Gründen Hemmnisse zu bereiten. Wie lange die Deutschen ihre Vorrangstellung behaupten werden und in welchem Maße wir schließlich an der Versorgung des heimischen und des Weltmarktes einen Anteil haben werden, bleibt abzuwarten. Gewiß ist, daß die Amerikaner in den Vordergrund treten werden, und daß wir nicht mehr mit den Deutschen allein, sondern mit der ganzen Welt in Wettbewerb stehen. Die Schweizer Industrie hat sich im Kriege durch unsere Vermittlung und auf unsere Kosten entwickelt, schwerlich wird sie sich, wenn auch nur aus geographischen Gründen, lange dem beherrschenden deutschen Einfluß entziehen können. Das Maß unseres Erfolges in diesem und in anderen Industriezweigen hängt in der Hauptsache davon ab, in welchem Umfange sich die Intelligenz von der Advokatur (the Bar) in die wissenschaftlichen Laufbahnen locken läßt.

Ec.*

Zur Lage der deutschen Farbstoffindustrie bringt die Frankf. Ztg. folgende Ausführungen der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. in Leverkusen: Den achtstündigen Arbeitstag habe die Gesellschaft in den ununterbrochen arbeitenden Betrieben schon seit zehn Jahren. Jetzt sei er, und zwar sofort nach der Revolution, auch in den Tagesbetrieben mit bisher neunstündiger Arbeitszeit durchgeführt worden. Diese Verkürzung der Arbeitszeit wäre aber nicht so schlimm, wenn die Leistungen gleich geblieben oder gesteigert worden wären, bis jetzt aber seien sie nach Schätzungen der Betriebsführer um 50% geringer als im Frieden. Wenn es in Deutschland, besonders in Berlin, in der rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Kohlenindustrie so weitergehe wie bisher, würden wir dem wirtschaftlichen Zusammenbruch mit Sicherheit entgegengehen. Die Arbeiter sähen in den höheren Löhnen und in

der Verminderung der Arbeitsleistung allein das Heil der Revolution und glaubten in Verknennung der wirtschaftlichen Zusammenhänge die Löhne sogar noch weiter steigern zu können wie bisher. Andererseits seien die Heeresaufträge des Reiches mit einem Schlage ganz fortgefallen, und die Friedensherzeugung, die im Kriege wegen Mangel an Rohstoffen aller Art nur 5% betragen habe, sei heute auf höchstens 10% gestiegen, und wegen Mangel an Absatz seien weitere Steigerungen vorerst nicht zu erwarten. Deshalb überstiegen allein die Ausgaben für Löhne und Gehälter die außerordentlich geringen Einnahmen neuerdings so gewaltig, daß das Werk von den schließlich auch zu Ende gehenden Rücklagen zehren müsse. Daß man bei den jetzigen höheren Löhnen bei der wesentlich veränderten Arbeitsleistung und vor allem auch bei den gewaltigen Unkosten aller Art auf die Dauer auf dem Weltmarkte nicht konkurrenzfähig bleiben werde, sei selbstverständlich. Bei der überall sich mehr und mehr bemerkbar machenden Arbeitslosigkeit müsse übrigens mit einem baldigen erheblichen Sinken der Löhne gerechnet werden. Das würde an und für sich dem Arbeiter nicht schaden, da sich damit alle Gegenstände des täglichen Bedarfs von selbst entsprechend niedriger stellen würden. Für die Zukunft müsse die Aufgabe des Unternehmens darin liegen, die Erzeugung von Friedensware so schnell wie möglich wieder zu steigern, vorausgesetzt natürlich, daß der Bedarf zunehmen würde. Das sei in höherem Umfange als bisher bei der durch den Krieg verschuldeten Aushungerung der meisten Länder zu erwarten, sobald der Weltverkehr wieder eröffnet sei. Voll ernster Sorge blicke die Verwaltung dabei aber auf die Zeit, wo die jetzt leeren Läger wieder gefüllt sein würden und dann der während des Krieges in so großem Umfange entstandene Wettbewerb sich bemerkbar machen würde. Auf einen Teil der früheren Produktion müsse auf alle Fälle und wahrscheinlich auf die Dauer verzichtet werden. Die im Auslande entstandene Industrie könne man nie wieder ganz beseitigen. Die Verwaltung vertraue aber der wirtschaftlichen Arbeit von Deutschlands Chemie, daß sie neue Arbeitsgebiete erschließe, wie sie einige neue schon während des Krieges ausfindig gemacht habe. Berücksichtigt man, daß die Gesellschaft 80% ihrer Gesamterzeugung in Friedenszeiten im Auslande abgesetzt habe, so sei es von außerordentlicher Bedeutung, daß man im Auslande konkurrenzfähig bleiben könne. Das Ausland werde außerdem, so werde befürchtet, nach dem Kriege die bisherigen hohen, im Kriege, zumal in Amerika erhöhten Zollmauern weiterbehalten. Die Gesellschaft habe deshalb schon seit vielen Jahren im Auslande Fabriken errichtet. Ob man diese, die während des Krieges in England, Rußland, Frankreich und Amerika fortgenommen sind, wiederbekomme, wisse man nicht. Man wisse ferner nicht, wie das friedensmäßige, 80% umfassende Auslandsgeschäft kaufmännisch und technisch wieder aufgebaut werden solle, das mit eigenen eingearbeiteten Leuten hochgebracht worden wäre. Die besonders gut aufgebaute kaufmännische Organisation der Gesellschaft in den verschiedenen Ländern der Erde sei vollständig zerstört. Der Arbeiterstand der Gesellschaft sei jetzt wieder auf den Friedensstand zurückgegangen. Den Zeitverhältnissen entsprechend müsse aber namentlich die Zahl der Handwerker erheblich verringert werden. on.

Zur Lage der Textilindustrie im Wuppertal. In früheren Jahren wurde nahezu halb Europa vom Wuppertale aus mit Erzeugnissen der Textilindustrie versorgt. Während der Kriegsjahre mußten manche Fabriken ihre Arbeit wegen Mangel an Rohstoffen einstellen, wieder anderen wurden die vorhandenen Rohmaterialien von der Heeresverwaltung beschlagnahmt, so daß diese Betriebe auch lahmgelegt worden sind. Die Fabrikanten sahen sich gezwungen, Munitionsarbeiten aufzunehmen, um wenigstens ihre Kapitalien zu verzinsen. — Mit dem Kriegsende dachte wohl jeder, daß die Grenzen geöffnet würden, damit ein großer Teil der erforderlichen Rohstoffe vom Auslande bezogen werden könnte. Leider ist nun aber Deutschland vorläufig auf sich selbst angewiesen und muß sehen, wie es seine Industrie wieder in die Höhe bringt. Für die Seidenindustrie sind allerdings größere Mengen der beschlagnahmt gewesenen Rohseide freigegeben worden. Was bedeutet die im Verhältnis geringe Menge der freigegebenen Rohseiden auf alle Fabriken in Deutschland verteilt? Die meisten Fabrikanten können noch lange nicht mit der Weberei beginnen, denn in vielen Websälen stehen heute noch Drehbänke für Munitionsarbeiten an Stelle der Webstühle. Diese ganzen Fabriken müssen nun erst von Grund auf umgeändert werden, die Arbeiten erfordern viel Zeit, und dann erst kann man daran denken, die Weberei wieder aufzunehmen. Nicht jeder Fabrikant ist darauf eingerichtet, nur rohe Seide zu verarbeiten, d. h. solche Waren, welche nach Fertigstellung in der Fabrik im Stück gefärbt werden; wieder andere haben früher nicht ausschließlich reinseidene Waren fabriziert, und denen fehlt für ihre Art der Fabrikation heute noch das kostbare Baumwoll- und Wollmaterial. Diese Stoffe sind überhaupt in größeren Mengen noch nicht zu beschaffen. Webereien, die ausschließlich Baumwoll- oder Wollstoffe fabrizieren, können noch lange nicht daran denken ihre Betriebe wieder voll zu öffnen. — Außerdem muß der Fabrikant mit allerlei Zufälligkeiten der Hilfsindustrie, wie Färberei, Appretur, rechnen. Um diese Fragen zu regeln, finden

andauernd Verhandlungen zwischen Fabrikanten und den Vertretern der Hilfsindustrie statt. Die Färber verlangen einen Wochenlohn von 75 M bei 42 Stunden Arbeit, was von ihren Arbeitgebern abgelehnt wurde. Ist diese Frage endlich klar, dann kann der Betrieb nicht arbeiten, weil er keine Kohlen hat, wieder andere können keine beschwerten Seiden färben, da ihnen das Chlorzinn fehlt, usw. Am guten Willen der Unternehmer liegt es nicht, es fehlt in Deutschland eben an allen Stoffen, um einen Webereibetrieb wieder vollständig zu unterhalten. Die Rohseiden wurden früher in der Hauptsache von Italien und Japan bezogen, diese Einfuhrquellen sind aber bis auf weiteres noch gesperrt. Die deutsche Technik hat natürlich mancherlei erfunden, um einen Teil des allernotwendigsten Bedarfes an Webwaren zu decken, hierin spielt heute die Kunstseide und das Garn der Stapelfaser eine große Rolle. — Im großen und ganzen liegt die Textilindustrie im Wuppertale noch sehr darnieder, so daß heute noch mit keinem Aufschwung zu rechnen ist. Dazu kommt noch, daß verschiedene namhafte große Fabrikanten ihre Betriebe im besetzten Gebiete haben, wenn auch das eigentliche Handelshaus im Wuppertale liegt. Selbst bei vollem Betriebe ist an Abschlag der Preise in absehbarer Zeit nicht zu denken. — Über die Bedeutung Italiens für die Seidenindustrie kann folgende kleine Aufstellung als Übersicht dienen: Ende Juni 1917 bestanden in Italien 2081 Unternehmen, die mit der Seidenindustrie in Verbindung standen. 209 davon beschäftigten sich mit der Zucht der Eier von Seidenraupen, 1703 waren Spinnereien und 169 Webereien. Die Lombardei nimmt mit 1329 Unternehmen die erste Stelle ein, dann kommt Provinz Venedig mit 220, Piemont mit 166 und Toscana mit 106 Unternehmen. Auf die Grenzgebiete fallen außerdem 169 Unternehmen. (Rh.-Westf. Ztg. vom 13./1. 1919.) Wth.

Marktberichte.

Salpetermarkt. Belebend auf den Salpeteraktienmarkt sollen offenbar folgende Ausführungen der „Financial Times“ vom 17. 12. 18 wirken: „Der Rückschlag auf dem Markte ist offenbar eine Folge des Waffenstillstandes. Auf den dem Abschluß nahen Ankauf der nächstjährigen Salpetererzeugung haben die Verbandsmächte natürlich unter den jetzigen Umständen verzichtet. Während aber der Waffenstillstand allen weiteren Salpeterankäufen für Munitionszwecke ein Ende machte, hat er nicht sofort die Märkte Nord- und Mitteleuropas für den Absatz von Salpeter als Düngemittel eröffnet. Da Salpeter Bannware ist, darf er nicht nach Deutschland und Österreich gehen, solange die Blockade in Kraft bleibt. Vom Standpunkte der internationalen Politik ist aber von wesentlicher Bedeutung, daß diese Beschränkung aufgehoben wird, sobald es sicher ist, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unwahrscheinlich ist. Wenn wir nicht die Feinde aus unseren eigenen, nicht zu reichen Vorräten ernähren wollen, ist es nötig, daß die nächste Ernte in Mitteleuropa so gut wie möglich gemacht wird, und zu diesem Zwecke sind Salpeterlieferungen sehr wesentlich. Natürlich ist noch zweifelhaft, ob auf geordnete politische Verhältnisse in Deutschland und Österreich gerechnet werden kann; wenn das aber der Fall ist, so würde die Nachfrage für das chilenische Erzeugnis vermutlich nur durch den verfügbaren Schiffsraum begrenzt sein, sobald die Blockade aufgehoben ist. Die Aussichten für die Salpeterindustrie sind daher entschieden hoffnungsvoll, zumal die allgemeine Knappheit und Teuerung der Lebensmittel notwendig auf der ganzen Welt zu vermehrtem Gebrauch in Düngemitteln führen muß.“

Metallvorräte in England am 1. 12. 18. Laut „Financial News“ vom 18. 12. 18 veröffentlicht das englische Munitionsministerium folgende Liste der am 1. 12. 18 vorhandenen Metallbestände (ausschließlich Altmetall und Schrott):

Kupfer	27 530 t
Zink	18 768 t
Raffiniertes Zink	6 544 t
Aluminium	10 215 t
Weiches Rohblei	49 111 t
Nickel	1 735 t
Antimon-Regulus	3 303 t

Große Mengen von Schrott, hauptsächlich Messing, sind außerdem vorhanden. Die Liste soll monatlich veröffentlicht werden.

Vom Silbermarkt. Der Jahresbericht der Londoner Firma Mocutt and Goldsmid stellt fest, daß trotz der hohen Silberpreise die Welterzeugung wiederum geringer ausfällt. Man erwartet indessen, daß Mexiko zukünftig infolge der gebesserten inneren Lage erhöhte Ausbeuten liefern wird. Solange der amerikanische Pittmann-Akt in Kraft ist, dürfte der Silberpreis kaum unter 47 Pence, also einen Dollar die Unze, fallen. Der europäische Münzbedarf wird die Preise wenig beeinflussen. Ausschlaggebend bleiben der

Bedarf Chinas und Indiens, um so mehr, als mit Goldrimesen nach Indien vorerst nicht gerechnet werden kann. Die Jahresberichte anderer Edelmetallhändler erwarten einen starken Silberbedarf Chinas, sobald die bestehenden Beschränkungen aufgehoben sind.

Erhöhung der Zinkblechpreise (s. a. S. 44). Die Süddeutsche Zinkblechhändler-Vereinigung in Mannheim hat die Preise um 110 Mark für den Doppelzentner erhöht. Für die nächste Sitzung des Zinkhüttenverbandes, die erst im März stattfinden soll, steht ein Antrag auf Preiserhöhung (zur Zeit 130 Mark für 100 Kilogramm) in Aussicht.

Blei nur gegen Kontingentschein. Infolge der großen Knappheit an Material kann Blei nur gegen Kontingentschein abgerufen werden. Der Bleipreis beträgt gegenwärtig offiziell 76 Mark für 100 Kilogramm. Dieser Preis wird indessen von den Fabrikanten als durchaus unzulänglich bezeichnet und es sei schon für die nächste Zeit mit einer Aufbesserung zu rechnen.

Vom Petroleummarkt (14./1. 1919). Der deutsche Markt bot seit einigen Wochen wenig Neues. Die Versorgung der Verbraucher ist äußerst mangelhaft, aber unter den heutigen Verhältnissen nur wenig zu bessern. Der Schleichhandel mit Petroleum kommt mangels Ware nicht so recht vorwärts. Wer aber mit Petroleum aufs Land geht, findet dankbare Abnehmer. Im allgemeinen werden Landwirtschaft und Heimarbeiter bei der Verteilung bevorzugt. Durch Auflösung der Heeresbestände hat sich doch einige Erleichterung schaffen lassen, viel stand indessen nicht zur Verfügung. Die Feiertage waren natürlich eine willkommenen Gelegenheit, für Paraffinlichte tunlichst hohe Preise zu verlangen, welche dem Wert der Ware auch nicht annähernd entsprechen. Inzwischen haben sich die Preise etwas gesenkt. Paraffin und Ceresin nebst den bekannten Ersatzstoffen waren gut gefragt, aber nur wenig angeboten. Wer kaufen will, muß schon Gebote machen, ein Verfahren, das im Interesse des soliden Handels zu verwerfen ist. Die Freigabe des Handels mit Schmieröl und ähnlichen Erzeugnissen steht angeblich nahe bevor. Der Handel hat seine Organisation nach und nach erneut ausgebaut, so daß ihn die Freigabe wohl nicht unvorbereitet trifft. Schmiermittel mit und ohne Freigabeschein waren reichlich angeboten, aber auch gut gefragt. Wagenschmiere kostete 45—48 M und K.-Karbolineum 21—23 M die 100 kg. Für Zylinderöl, Flamm. 170/190, Visk. 3, wurden 140 M und für Raffinatsrückstände, geeignet zur Herstellung von Wagenfett, Zylinderöl usw., 75 M gefordert. Gestützt auf die während des Krieges gesammelten Erfahrungen, haben wir den Bedarf bisher aus eigener Erzeugung befriedigen können, trotz der Unterbrechung unserer Verbindung mit Rumänien und Galizien, wenn auch die Auswahl eine andere ist, als sie vor dem Kriege war. In Galizien hat die Gewinnung von Erdöl im allgemeinen erheblich nachgelassen, aber die Gruben arbeiten ziemlich regelmäßig. Jede Unternehmungslust zu neuen Bohrungen ist natürlich lahmgelegt. In Boryslaw-Tustanowice reicht trotz der geringen Gewinnung der Raum zur Lagerung in der Raffinerie nicht aus. Da auch Kohlenmangel herrscht, so wird man sich vielleicht schließlich wohl dazu bequemen müssen, Erdöl oder Erdölzerzeugnisse regelmäßig wieder nach Deutschland zu liefern. In den verschiedenen galizischen Erdölgebieten herrscht seit längerer Zeit Ruhe. Nach etwas älteren Berichten hat ungefähr die Hälfte der Arbeiterschaft die Gegend verlassen. Die geschäftliche Aufsicht in Drohobycz übt der Ortsausschuß des ukrainischen Nationalrats aus. Galizien hat selbst zu großen Mangel an gewissen Industrieerzeugnissen, so daß es zur Beseitigung dieses Mangels ansehnliche Mengen Erdölzerzeugnisse schon wieder ausführen müssen. Nach englischen Auslassungen sollen Schaderersatzansprüche wegen der Zerstörung in Rumänien zunächst an die rumänische Regierung gerichtet werden. Die Lage in Rußland hat sich anscheinend ziemlich günstig entwickelt, da schon vor längerer Zeit Petroleumanteile wieder die ungefähre Höhe wie in Friedenszeiten erreichten. Bei der stark gesunkenen Erzeugung und dem großen Bedarf im russischen Reich sind die Vorräte fast ganz aufgezehrt. Einzelheiten über den Umfang der Gewinnung und deren Verteilung auf die einzelnen russischen Märkte sind in der letzten Zeit nicht bekannt geworden. Die in der russischen Naphtha-industrie angerichteten Verwüstungen müssen demnach schon ganz bedeutend sein, wenn der Verbrauch in Rußland die vorhandenen Vorräte ganz aufgezehrt hat, die Gewinnung für den eigenen Verbrauch also nicht mehr ausreicht. Die Notwendigkeit der Steigerung der Erzeugung läßt daher das steigende Interesse der russischen Finanzwelt an Petroleumanteilen erklärlich erscheinen. — Am meisten interessiert uns das Verhältnis zwischen England und Amerika, aber die Mitteilungen aus beiden Ländern fließen während der letzten Zeit sehr spärlich. Daß man seit Beginn des Waffenstillstandes auch in England die Bemühungen zur Erbohrung von Erdölquellen unter Aufwendung großer Geldsummen fortsetzt, beweist, daß man nach Friedensschluß eine zuvorkommende Behandlung durch die Union nicht erwartet und sich daher möglichst unabhängig machen will. Durch Freigabe von Petroleum und Benzin aus den Heeresbeständen konnte dringender Nachfrage in England genügt werden. Angeblich sanken die Preise im Dezember um

2 Pence die Gallone. Am Liverpooler Markt notierte raffiniertes amerikanisches Petroleum 1 sh. 8¼ d bis 1 sh. 9¼ d die Gallone. Gegenüber dieser Meldung von den englischen Märkten muß es doch etwas überraschen, daß die New Yorker Börse unveränderte Notierungen aufwies. Offentbar denkt die Standard Oil Company nicht an den Abtau der Kriegspreise. Es kostete raffiniertes Petroleum in Cases 19,25 Doll., Petroleum Standard white 15,50 Doll., Petroleum ein Tanks 8,25 Doll. und pennsylvanisches Rohöl 4 Doll. —p.

Die tschechisch-slowakische Regierung verhandelt wegen Lieferung von Rohöl aus Rumänien. (B. B. Z.) on.

Zur Lage der Gummilindustrie. Im Gegensatz zu der Mehrzahl der übrigen Industrien ist eine Aufhebung der Beschlagnahme von Gummi vorläufig nicht beabsichtigt. Sie dürfte vielmehr unterbleiben bis zur Aufhebung der feindlichen Blockade, also bis eine Einfuhr von Rohgummi wieder durchgeführt werden kann. Die Geschäftslage in den Gummifabriken leidet erheblich unter dem Mangel an Rohstoffen. Die Nachfrage ist außerordentlich stark, kann jedoch unter den bestehenden Verhältnissen nicht voll befriedigt werden. ar.

Von der brasilianischen Kautschukerzeugung. In einem Bericht der London and River Plate Bank wird die Wirtschaftslage der brasilianischen Südstaaten Amazonas und Para als sehr kritisch bezeichnet. Durch ihre ausschließliche auf Kautschuk gerichtete Erzeugung sind die Staaten völlig von den Verhältnissen der auswärtigen Kautschukmärkte abhängig. Der Absatz ist jedoch infolge der Schwierigkeiten des Seeverkehrs und der Einfuhrbeschränkungen verschiedener Länder derart schlecht, daß in Amazonas die Pflanzungen eine empfindliche Entwertung erfahren haben und die Bevölkerung Not leidet. Im Staate Para soll der Zustand etwas weniger schlimm sein. Amazonas erntete 1916 35210 t, 1917 36930 t. Die Ernte von 1918 wird auf 26000 t geschätzt. Die Vorräte haben sich stark angehäuft und die Preise sind sehr gedrückt. on.

Die englischen Gummifabriken haben sich bereits auf die Friedensarbeit umgestellt, sie vermögen den Bedarf an Reifen und allen mit dem Transport zusammenhängenden Dingen kaum zu decken. Die zahlreichen Anfragen des Handels geben den Fabrikanten die Sicherheit für eine vermehrte große Tätigkeit in den nächsten Monaten. Große Mengen von Gummi sind freigegeben, so daß auch das Ausland mit Anfragen hervorgetreten ist. Den Ausfuhrfirmen ist aber mitgeteilt worden, daß während der nächsten Monate an eine nennenswerte Ausfuhr nicht gedacht werden kann, weil es vor allem an Arbeitskräften mangelt, die nur langsam zur Entlassung kommen sollen. on.

Javazucker. Wie „Board of Trade Journal vom 19./12. 1918“ erfährt, hat der Statthalter von Niederländisch Ostindien die Beschränkungen für die Zuckerausfuhr jetzt aufgehoben. Die Mindestpreise für die verhältnismäßig kleinen Restbestände der Ernte des Jahres 1918 sind erhöht worden, und die Verkäufe der Ernte des Jahres 1919 gehen jetzt vor sich. 50 000 Piculs Rohzucker der 1919er Ernte sind zu 10¼ fl. verkauft, und Unterhandlungen über den Verkauf beträchtlicher Mengen von „Superior“ zu 12 fl. für das Picul finden jetzt statt. Die Kontrakte werden für Lieferung „um den Monat Juni“ abgeschlossen. In den Kreisen der Zuckerinteressenten Javas werden die Preise als sehr befriedigend angesehen. ar.

In London wird verhandelt über die Lieferung von 30 Mill. kg Zucker aus Niederländisch Indien an Belgien mit holländischen Schiffen, denen England Kohlen liefern wird. dn.

Alkoholpreise in Ungarn. Im Finanzministerium fand eine Enquete in Angelegenheit der Feststellung der Alkoholpreise statt. Die Interessenten gaben der Ansicht Ausdruck, daß alle Arten von Alkohol ohne Preisfeststellung in den Verkehr gebracht werden sollen, da eine gerechte Bemessung der Preise für Spiritus, Branntwein, Rum, Likör verschiedener Qualität unmöglich erscheint. Für den Fall, daß die Regierung sich doch für die Feststellung von Höchstpreisen entschließen sollte, soll der Erzeugerpreis des Obstbranntweins um 10 Kr. höher festgestellt werden als im Vorjahre. Ferner sollen im Falle der Feststellung der Preise für Obst- und auch solche für Liköre bestimmt werden. Die Feststellung der Preise von Weindestillaten wünscht auch das Finanzministerium nicht, weil auch der Wein nicht maximiert ist. (D. Dest. Ztg.) u.

Englischer Kohlenhandel und Lohnerhöhung. Die Vereinigung der Kohlenbergwerksbesitzer in Südwesten erklärt, daß die Forderung der Bergleute auf 30 Prozent Lohnerhöhung für die britischen Kohlenpreise auf den ausländischen Markt lähmend wirken würde. Zu dem mit Vernichtung bedrohten Ausfuhrhandel und den seit dem Kriege bereits verdoppelten Produktionskosten käme als drittes die neue Forderung hinzu.

Nach Feststellung des Halleschen Bergbauvereins, dem u. a. die großen Werke der Bezirke Halle, Zeitz, Weißenfels, des Geiseltes und von Obergörlingen angehören, sank die Kohlenförderung im Dezember gegenüber Juli auf 53%, die Brikettherstellung auf 42%, obwohl die sonst den Abraumbetrieben zugewiesenen Arbeiter in den Gruben und Brikettfabriken beschäftigt waren. ar.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Monopole, Zwangswirtschaft.

Wie der „Times“ aus New York gemeldet wird, ist dort eine Kupferausfuhrsgesellschaft (vgl. Angew. Chem. 31, III, 621 [1918]) gegründet worden, die über ein Kapital von 250 000 Doll. Vorzugsaktien und von 500 Stammaktien verfügt. Durch diese Gründung hoffen die Kupfererzeuger die Konkurrenz auszuschalten und die Erzeugung zu stabilisieren, da die neue Gesellschaft das gesamte Ausfuhrgeschäft in der Hand halten wird. II.

Einkaufsgesellschaften für Zinn. Nachdem die U. S. Steel Corp. zum alleinigen Einkäufer der Ver. Staaten in den Straits Settlements für Zinn ernannt worden ist, ist die Firma E. Boostead & Co. als alleinige Einkäuferin in den Straits für die übrigen Alliierten und die Firma Elder, Smith & Co. als alleinige Einkäuferin in Australien bestellt worden. (Metal Bull., 7./10. 1918.) on.

In Schweden gründete die Holzkohle- und Teer-Industrie die Sveriges förenade träkol och tjärindustrier A. B. Destillator, eine Verkaufsvereinigung von etwa 200 Erzeugern dieser Industrie. Die Gründung wurde am 26./10. 1918 bereits auf einer außerordentlichen Generalversammlung der A. B. Destillator beschlossen, die den oben genannten Namen annimmt, ihr Aktienkapital auf 500 000 Kr. erhöht und in der Nähe Stockholms ein Teereinigungswerk anlegt, das den Teilhabern zur Verfügung stehen soll. Was die Aussichten der schwedischen Holzteer- und insbesondere der Terpentinölindustrie im Lande anlangt, so dürfte sie, wenn auch die Meinungen hierüber geteilt sind, bei Rückkehr normaler Verhältnisse einen schweren Stand haben. Dies folgt schon daraus, daß amerikanisches raffiniertes Terpentinöl in Friedenszeiten ungefähr 50% billiger als Hamburg verkauft wurde als heute noch rohes Terpentinöl in Schweden. In Rücksicht auf diese Verhältnisse dürfte denn auch der erwähnte Zusammenschluß innerhalb der Teerindustrie erfolgt sein. (Svenska Dagbladet vom 2./12. 1918.) II.

Eine Kakaoproduzentenvereinigung wurde in Semarang (Niederl. Indien) gebildet. (W. N. D.) ar.

Eine Gesellschaft tschechischer Eisengroßhändler beabsichtigt ein Unternehmen mit einem Kapital von vorläufig 10 Mill. Kr. zu gründen, damit der tschechische Handel in Zukunft dem Wettbewerb der Unternehmungen der übrigen Länder der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie begegnen könne. Hinter der Aktion stehen die bedeutendsten Prager und auswärtigen tschechischen Firmen. Die Gesellschaft wird auch die größten Prager Eisenfirmen übernehmen und ihre Tätigkeit auf Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei ausdehnen. u.

In Prag wurde eine tschechische Hopfenausfuhrsgesellschaft gegründet, der drei Firmen angehören. Außerdem wird die Bildung eines tschechischen Hopfenausfuhr-Syndikates beabsichtigt, in das tschechische Hopfenpflanzer und Hopfenhändler eintreten sollen. (Neues Wiener Tagblatt.) ar.

An Stelle des aufgelösten Wirtschaftsverbandes der Zementfabriken in Deutschösterreich tritt der Deutschösterreichische Wirtschaftsverband, der einschließlich der in Deutschböhren liegenden Betriebe etwa 40% der Erzeugung umfassen und 30% der Leistungsfähigkeit der Fabriken im früheren Österreich darstellen wird. Übrigens haben auch die Zementfabriken rückständige Forderungen an das Kriegsministerium im Gesamtbetrag von etwa 2 Mill. Kr. (Prager Tagblatt vom 30./12. 1918.) on.

Eine Deutsch-Österreichische Zuckerstelle ist in Wien eingerichtet worden. Ihr obliegt die Bewirtschaftung von Zucker und Zuckerrüben, sowie der Neben- und Abfallerzeugnisse, insbesondere die Durchführung aller damit verbundenen kaufmännischen Geschäfte. Der Zuckerstelle untersteht auch der Verkauf von Zucker zur Ausfuhr. —r.

Syndizierung der elsass-lothringischen Kaliindustrie? Wie die „Metallbörse“ mitteilt, beabsichtigt die französische Regierung, die elsass-lothringische Kaliindustrie nach Art des deutschen Kalisyndikats zu syndizieren. ar.

Die Vereinigung mitteldeutscher Hohlglasfabriken beschloß für die Preisberechnung und Verpackung die Einführung des Dezimalsystems. II.

Der A.- und S.-Rat Essen, in dem Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten zusammenarbeiten, hat einstimmig die Besetzung des Kohlensyndikats und des Bergbaulichen Vereins beschlossen. Er betrachtet diese Maßnahme als Vorarbeit für die Sozialisierung der Bergwerke. Er hält die sofortige Kontrolle der Bergwerke für notwendig zur Beruhigung der Bergarbeiterschaft, da keine Aussicht besteht, Ruhe im Industriegebiet zu bekommen, wenn nicht die Organisationen der Arbeiterschaft selbst den Arbeitern Auskunft geben können über die wirkliche Lage der Industrie. Eine Kommission des A.- und S.-Rates des Industriebezirks unter Zuziehung der Gewerkschaftsvorstände wird sich mit der Frage der Sozialisierung der Bergwerke beschäftigen. ar.

Der Verband Deutscher Schuhputzmittel- und Bohnerwachs-fabrikanten, E. V., Berlin-Britz, macht in Fachzeitschriften darauf

aufmerksam, daß unter dem Namen „Schuhcreme“ in letzter Zeit vielfach sog. Schuhputzmittel in den Handel gebracht werden, die hinsichtlich ihrer chemisch-technischen Zusammensetzung in keiner Weise die Bezeichnung Schuhcreme auch nur dem Namen nach verdienen. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um eine schmierige, teerartige Goudron-Masse, die entweder überhaupt nicht oder in ganz verschwindendem Maße die Eigenschaften von Schuhcreme besitzt, der jedenfalls irgendeine glanzgebende Fähigkeit nicht zukommt. Die in dem genannten Verband vereinigten Firmen halten es für ihre Pflicht, die Wiederverkäufer von Schuhcreme, um sie vor Schaden zu bewahren, auf die Minderwertigkeit dieser Erzeugnisse besonders aufmerksam zu machen und sie zwecks Abwehr derartiger Machenschaften um tatkräftige Unterstützung zu ersuchen. *u.*

Rußland. Nach einem Telegramm aus Jaku von John Walton, dem Geschäftsführer der European Oilfields Corporation und der Bibi-Eibat Oil Co. an Herbert Allen, den Vorsitzenden einer Reihe von russischen Petroleumgesellschaften, ist die **Sozialisierung der Naphthaindustrie** (vgl. Angew. Chem. 31, III, 349 [1918]) von der Räteregierung wieder aufgehoben worden. Das Eigentum der beiden genannten Gesellschaften soll nicht gelitten haben und man ist bestrebt, die Arbeiten in den Betrieben wieder in Gang zu bringen. (Times vom 23./12. 1918; W. N. D.) *u.*

Sozialisierung in Ungarn. Die ungarische sozialdemokratische Partei erklärte, daß die Enteignung der Produktionsmittel zwar den Hauptprogrammpunkt der Parteibestrebungen bildet, jedoch nicht so viel bedeute, daß die Produktionsmittel den heutigen Besitzern ohne Entschädigung aus den Händen genommen werden sollen. Im allgemeinen sei vor Augen zu halten, daß sich die Enteignung nur auf sämtliche Produktionszweige beziehen könne. Die Durchführung einer gewissen Reihenfolge müsse systematisch betrieben werden, derart, daß in erster Reihe öffentliche Betriebe und Gruben enteignet werden sollen. Die sozialdemokratische Partei müsse hier besonnen und im Interesse des Staates vorgehen. *u.*

Rumänien. Nach „Az Ujsag“ hat die Regierung die **Liquidierung aller deutschen, österreichischen und ungarischen Unternehmungen** angeordnet, die während der Besetzung in Rumänien gegründet worden sind. *on.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Vereinigte Staaten. Richtlinien für die Behandlung deutschen Eigentums. Der Kurator fremden Eigentums veröffentlicht im „Official U. S. Bulletin“, Washington, folgende Erklärung: Durch den Waffenstillstand wird die Tätigkeit dieser Behörde nicht berührt; wir sind noch im Kriege mit Deutschland, und die hieraus entspringenden Gesetze und Verfügungen behalten volle Gültigkeit. Unsere Politik in der Behandlung fremden Eigentums scheint nicht richtig verstanden zu werden. Im allgemeinen kommen nur zwei Klassen an Eigentum zum Verkauf. Erstens: feindliche Beteiligung in Gestalt von Kompagniegeschäften, Filialen oder Agenturen, denen die Erlaubnis, weiter geschäftlich tätig zu sein, verweigert wurde, oder denen die Erlaubnis zur Liquidation erteilt wurde. In Ausführung der Liquidation haben wir in solchen Fällen Eigentum verschiedenster Art verkaufen müssen. Zweitens: Anteile in feindlichem Besitz an amerikanischen Gesellschaften, bei denen der feindliche Besitz so groß war, daß dadurch die amerikanischen Handels- und Industriegesellschaften in ihrer Leitung beeinflußt werden konnten. Individuelle Anlagen deutscher Staatsangehöriger in Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken oder in Grundbesitz und anderen Werten in den Vereinigten Staaten werden nicht verkauft, vorausgesetzt, daß sie nicht unter die oben genannten zwei Klassen fallen. *ar.*

Ferner wird unterm 2./11. 1918 bekanntgegeben, daß innerhalb der nächsten 60 Tage Fabriken, deren Aktienbesitz in deutschen Händen ist, wie Spinnereien, Webereien, chemische und Farbstofffabriken und andere im Gesamtwert von mehr als 100 Mill. öffentlich meistbietend verkauft werden sollen. Es ist dies die Antwort auf die deutsche Protestnote gegen Überführung deutscher Firmen in amerikanischen Besitz. Zu den zum Verkauf kommenden Fabriken gehören die großen Wollwebereien in Passaic, deren Wert allein auf 50 Mill. Doll. geschätzt wird; ferner wird die „Bayer Co.“ (s. Angew. Chem. 31, III, 378 [1918]) betroffen, die wohl die größte Fabrik pharmazeutischer Präparate in den Vereinigten Staaten sein dürfte; ebenso die „Heyden Chemical Co.“, deren Geschäftsumsatz fast dem der „Bayer Co.“ gleichkommt. Es kommen u. a. zur Versteigerung: Am 3./12. „Bayer Company“, New York; am 3./12. „Synthetic Patents Co.“, New York; am 9./12. „International Ultramarine Co., Ltd.“, N. Y.; am 11./12. „Heyden Chemical Works“, Garfield, N. Y.; am 18./12. „New Brunswick Chemical Co.“, New Brunswick, N. Y.; am 21./12. „Bauer Chemical Co.“, N. Y.; am 14./11. „Ernst Gidern Bek Manufacturing Co.“ (Goldschmidt), Newark, N. Y.; am 27./11. „Bosch Magnete Co.“ Die Post, Nr. 658.) *Gr.*

Japan. Die Regierung hat sich entschieden, das bisherige System der **finanziellen Unterstützung Chinas** nicht weiter fortzusetzen, um Reibungen mit anderen Mächten zu vermeiden. (L. & Ch. Tel. vom 16./12. 1918; W. N. D.) *ar.*

Vorzugsbehandlung Frankreichs durch England. Nach dem „Evening Standard“ soll die britische Regierung bereit sein, Frankreich die gleichen handelspolitischen Privilegien wie seinen eigenen Kolonien und Dominien zu gewähren. (Agence Economique et Financière vom 26./12. 1918.) *ar.*

Italien. Für die zweckmäßige Neuordnung des Ausfuhrhandels wurde ein **Komitee für Handelserkundigungen** und im Ministerium des Äußeren ein interministerieller Ausschuß für die Vorbereitung und Förderung der Ausfuhr gegründet. *ar.*

Rußland. Die bolschewistische Regierung wünscht lebhaft den **Warenaustausch mit Finnland**. Rußland braucht vor allem Holz und bietet als Kompensation außer der Freigabe der Finnländer in Rußland Öl, Lumpen, Wachs, Phosphor, Drogen, Häute und Leder an. Da die Lage der Finnländer in Rußland unerträglich ist, will die Regierung das Anerbieten nicht zurückweisen. *on.*

Schweden. **Svensk Industriekalender 1918** erschien als Nachschlagebuch für diejenigen schwedischen Industrieunternehmen, die Mitglieder von Sveriges Industriförbund sind, von dessen Sekretär Aug. Heßler verfaßt und bei Hasse W. Tullberg gedruckt. Da der Verband mehr als 80% aller leistungsfähigeren schwedischen Gewerbeunternehmen umfaßt, stellt sich das Werk als ein ziemlich vollständiger Wegweiser durch die Industrie des Landes dar. Die Angaben beruhen auf den eigenen Mitteilungen der Unternehmungen. (Affärsvärlden vom 4./12. 1918.) *ar.*

Österreich-Ungarn. Das Moratorium für Galizien und die Bukowina, das am 31./12. 1918 abgelaufen ist, wurde nicht mehr erneuert. *u.*

Bergbau- und Hüttenwesen.

Vereinigte Staaten. Anaconda Copper Co. Infolge Erweiterung ihrer Zinkhütten kann die Gesellschaft jetzt über 50 000 t Elektrolyt zink jährlich erzeugen. Das Erzeugnis ist dem von Horseshoe und anderen hochwertigen Zinkprodukten gleich. Anaconda erhält große Mengen Zinkerze aus der Emma-Grube von der Butte Copper and Zinc Co., sowie bedeutende Mengen Konzentrate von Butte und Superior. (Boston News Bureau vom 9./8. 1918.) *on.*

United Copper Co. Die Gesellschaft hat mit dem Tacoma-Schmelzhüttenwerk einen dreijährigen Vertrag über die Aufbereitung ihrer Erze abgeschlossen, durch den ihr gute Schmelzhüttengewinne auch nach Kriegsende gesichert werden. Die mit dem bisherigen Geschäftsverkehr mit dem Schmelzhüttenwerk in Trail verbundenen großen Kosten infolge des Kursunterschiedes zwischen Canada und den Vereinigten Staaten fallen jetzt fort. (Min. & Scient. Press vom 7./9. 1918.) *on.*

Manganerze. Colorado stand in 1917 an letzter Stelle unter den 7 an der Manganerzeugung beteiligten Staaten der Union. Ein großer Teil der Ausbeute Colorados stammt aus den Mangansilbererzlagerstätten des Leadville-Distrikts. Metallurgisches oder 40% iges Manganerz ist in Leadville selten, dagegen kommt dort 30% iges Erz in großen Mengen vor. Nach Schätzungen des geologischen Landesamtes enthalten die 13 Hauptlager dieses Distrikts etwa 700 000 t hochwertigen Erzes und vermutlich 1,5 Mill. t Erz von durchschnittlich 20–25% Mn, 24–30% Fe und 10–15% SiO₂. In Red Cliff, Col., werden zwei Lager auf einen Gehalt von 750 000 t und möglicherweise 1 Mill. t Erz von 14% Mn, 38% Fe und 1–2% SiO₂ geschätzt. Alle diese Erze haben geringen Phosphatgehalt. — Im Greenriver- und Tintic-gebiet in Utah hat das Geologische Landesamt bedeutende Manganerzlager festgestellt. Ihre Förderung kann vorläufig noch nicht in ausgiebigem Umfang geschehen, weil die Lager von der Eisenbahn ziemlich entfernt gelegen sind. Die Erze sind stark kieselhaltig und liegen in den meisten Fällen nahe der Oberfläche. (Iron Age vom 23./8. u. 12./9. 1918.) *ar.*

Das U. S. Bureau of Standards hat festgestellt, daß es einem amerikanischen Raffineur gelungen ist, **Platin** in einer Reinheit herzustellen, wie sie früher nur von deutschen Firmen erreicht worden ist. (Chem. Tr. Journ. & Chem. Eng. vom 6./7. 1918.)

Japan. Vergrößerung der „Hokkaido-Rohelsen-Gesellschaft“. Die „Hokkaido-Seitetsu-Kaisha“ hat im Juni ihren dritten Hochofen in Betrieb genommen, so daß sie jetzt täglich 330–340, d. h. monatlich gegen 10 000 t Eisen herzustellen vermag. Sie will aber durch Aufstellung eines vierten Ofens (130 t) ihre Erzeugung auf jährlich mindestens 150 000 t steigern. Der neue Ofen ist bereits im Bau und kann im Januar in Betrieb gestellt werden. (Nachrichten 5, 19.) *u.*

China. In dem kürzlich abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen zwischen Japan und China wurde unter anderem die **Übertragung der Nanking Eisenbergwerke**, des größten bisher in China entdeckten Erzlagern, an den japanischen Kriegsminister vereinbart und vom chinesischen Ministerium bestätigt. Wegen seines geringen Schwefelgehalts eignet sich dieses Eisen ganz besonders zur Herstellung von Material für starke Beanspruchung. Eine Vereinbarung zur gemeinsamen Ausbeutung dieses Vorkommens und zur Errichtung einer Stahlfabrik ist zustande gekommen. (Nachrichten 6, 19.) *u.*

Der Gouverneur von Anhui hat der Zentralregierung angezeigt, daß er mit Unterstützung dortiger Kapitalisten eine eigene **Eisen-gießerei** in Pengpu errichtet. Über 1 Mill. Doll. sind bereits gezeichnet. Die Zentralregierung wird um Unterstützung ersucht. (Peking Daily News vom 23./10. 1918.)

Die **Chinese Engineering and Mining Company**, die durch die Kailan Mining Administration Kohlenbergwerke in Chihli, Nordchina, ausbeutet, hat in dem mit dem 30./6. 1918 abschließenden Geschäftsjahr einen Reingewinn von 576 000 Pfd. Sterl. zu verzeichnen gegenüber 249 000 Pfd. Sterl. im vorhergehenden Jahre. Die Dividende beträgt 15% (steuerfrei) gegen 12½% im Vorjahre und 10% im Jahre 1915/1916. 225 500 Pfd. Sterl. werden auf neue Rechnung vorgetragen. (Iron and Coal Trades Review.)

Die vor einigen Jahren der Standard Oil Co. erteilte Konzession zur Ausbeutung der **Ölfelder von Yen-Tschang** in der Provinz Shansi, die wegen Nichterfüllung hinfällig geworden war, ist kürzlich der chinesisch-japanischen Development-Co. übertragen worden. Die Standard Oil Co. und die Regierung hatten gemeinsam 1,2 Mill. Doll. darin angelegt. (Nachrichten 6, 1919.)

Französisch-Indochina. Erzverhüttung. In Tongking geht man dazu über, die gewonnenen Erze in Siedellande selbst zu verhütten. So wird in der Fabrik von Schoen & Rey in Haiphong seit zwei Jahren **Antimon** verarbeitet. Das Werk behandelt nicht nur Erze aus Tongking, sondern auch solche aus China, die von den Schiffen als Ballast herangeführt werden. Eine große Fabrik zur Behandlung der **Erze aus Yunnan** ist im Bau, eine andere zur Behandlung von **Zinkerzen** geplant. (Nachrichten 5, 1919.)

England. Die Metallurgical Company verteilt für das am 30./6. 1918 abgelaufene Geschäftsjahr auf die Vorzugsaktien eine steuerfreie Dividende von 8½% und auf die Stammaktien eine solche von 19½%. Ein Betrag von 128 664 Pfd. Sterl., aus dem die Kriegsgewinn- und Einkommensteuern der letzten Jahre bezahlt werden sollen, wird auf neue Rechnung vorgetragen. (Financial Times vom 21./12. 1918.)

Spanien. Zur Ausbeutung der als Coto Wagner bekannten Eisen-erzlagern in der Provinz León und des Kohlenreviers in Villablino hat sich in Madrid die **Sociedad Minerosiderurgica de Ponferrada S. A.** mit einem Anfangskapital von 30 Mill. Pts. gebildet. Vorläufig sollen nur die Kohlenfelder abgebaut werden, später die Ausbeutung der Erzlagern in Angriff genommen, Hochöfen errichtet und eine Eisenbahn nach der Küste gebaut werden. (Rev. Minera vom 16./12. 1918.)

Kapitalerhöhung in der metallurgischen Industrie. **Altos Hornos de Bilbao** erhöhten ihr Kapital auf 100 Mill. Pts.

Ukraine. Phosphatlager (Phosphorite) finden sich in Podolien und Bessarabien in der Silurformation; man findet sie auf weiten Strecken an den tiefeingeschnittenen Hängen des Dnjestr und der Zadowa, seines Nebenflusses. Sie kommen dort in Knollen mit 27,5% P_2O_5 vor. Sie werden auch schon an mehreren Stellen abgebaut, zum eist in Tagbau oder Duckeln. Der gemahlene Phosphorit wurde schon vor dem Kriege nach Österreich ausgeführt. („D. Ukraine“, vgl. S. 64.)

Norwegen. Ein neues großes **Kupferwerk**, Norsk Ekstraktionsverk, Frederikstad, hat kürzlich den Betrieb aufgenommen. Die Erzeugung soll gegen 1400 t Kupfer jährlich betragen; damit erreicht Norwegens Gesamtproduktion an Kupfer jährlich etwa 3900 t, der Jahresbedarf beträgt ungefähr 10 000 t. (Farmand vom 31./12. 1918.)

Die englische **Dunderland Iron Ore Co. Ltd.**, die die Eisenerzgruben im Dunderlandtal in Nordnorwegen ausbeutet, erhielt von der norwegischen Regierung Konzession zum Bau eines Wasserkraftwerkes bei Reinsfossen, das die neuen Anlagen der Gesellschaft bei Gulnsredvik mit elektrischer Kraft versorgen soll. (Farmand vom 31./12. 1918.)

Österreich-Ungarn. Braunkohlengewinnung in Böhmen. Das Jahr 1918 dürfte im Brüx-Duxer Revier einen Versand von 10 050 000 Tonnen gegen 11 200 000 t im Jahre 1917 ergeben. Gegenüber dem letzten Friedensjahre 1913 würde der Ausfall 5,040 Mill. t oder 33% betragen. Im Falkenauer Revier schätze man den Versand des Jahres 1918 auf 2,36 Mill. t gegen 2,6 Mill. t im Jahre 1917. Das bedeute gegenüber dem Jahre 1913 einen Rückgang von 600 000 t oder 20%. (N. Freie Presse.)

Nach einer Krakauer Meldung soll der größte Teil der **Erdölgruben** in Boryslaw die Förderung eingestellt haben.

Chemische Industrie.

Vereinigte Staaten. Neugründungen. Seit Kriegsausbruch sind in der Drogen-, chemischen und Farbstoffindustrie bis 1./9. 1918 neue Unternehmen mit einem Gesamtkapital von 387 Mill. Doll. entstanden, daran ist die chemische Industrie allein mit 87 Mill. Doll. beteiligt. (Journ. of Com., N. Y., vom 23./9.; N. Y. Herald, Paris, vom 27./9. 1918.)

1) W. N. D. Überseedienst.

In Louisiana findet sich **Schwefel** von hinreichender Güte in Mengen, die den Bedarf auf 1—2 Jahre decken, so daß die Befürchtung einer Schwefelknappheit unbegründet ist. (N. Y. Commercial vom 24./9. 1918.)

Da die Arbeitskräfte nicht so billig sind wie in Italien, so ist die **Citronenölgewinnung** durch Auspressen der Schalen mittels Hand nicht wirtschaftlich; es müssen vielmehr mechanische Mittel zur Extraktion des Öles angewendet werden. Die beiden seit einigen Jahren vorhandenen californischen Citronensäurefabriken gewinnen zwar neben der Citronensäure aus dem Saft durch Extraktion aus den Schalen auch etwas **Citronenöl**, die Chemische Versuchsanstalt des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten ist aber dauernd mit Versuchen beschäftigt, ein im Großbetrieb ausführbares Verfahren zur Gewinnung von Citronenöl auszuarbeiten. (Oil and Colour Tr. Journ. vom 7./9. 1918.)

Chile. Die **Salpetergesellschaften** stellen ihren Betrieb mangels Nachfrage ein.

Indien. Verbesserungen in der Indigoindustrie. Die indische Industrie ist im Verein mit einigen Fachleuten der Frage nähergetreten, ob es nicht möglich sein würde, einen Farbstoff herzustellen, der dem künstlichen Indigo der deutschen Industrie gleichwertig sei. Nach den angestellten Versuchen ist es allerdings erwiesen, daß man einen flüssigen Farbstoff anfertigen kann, der allen Zwecken genügt; jedoch war das Verfahren nicht wirtschaftlich genug, um die Industrie zu befriedigen, weniger vielleicht wegen des wirklichen Wertes des erzielten Farbstoffes als wegen der Verlegenheit, die dazu erforderlichen Gefäße und den Schiffsraum dafür zu beschaffen; denn es ist selbstverständlich, daß, wenn man einen Stoff in Pulverform oder trockener Form versenden kann, dies wirtschaftlicher ist, als wenn man einen flüssigen Stoff verladen muß. Die Frage ist also, eine trockene Form für den Farbstoff zu finden, der trotzdem die gewünschte Farbstärke besitzen muß. Man hofft nun, diese Schwierigkeit überwinden zu können. Inzwischen haben die erwähnten Fachleute den Indigopflanzen Anweisungen gegeben, ihren Anbau, wie überhaupt die ganze Industrie des Indigos auf eine neue, mehr wirtschaftliche Grundlage zu stellen und einen Indigo in Trigform zu erzeugen, dessen Preis sich nicht höher stellen würde als der des künstlichen Indigo. Die Versuche sind „zwar noch nicht abgeschlossen“, aber es scheint, daß die Schwierigkeiten nicht so groß sind, als man annahm. Die indischen Färber „scheinen im allgemeinen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Probestoffen zufrieden“ zu sein, bemängeln jedoch, daß er für hellere Tönungen weniger verwendbar sei, während er für dunklere Schattierungen den künstlichen Indigo überträte. Allerdings ist noch eine große Schwierigkeit vorhanden; es hat sich nämlich herausgestellt, daß die mit Indigo bepflanzten Grundstücke erschöpft sind, was auf den Mangel an künstlichen Düngemitteln zurückzuführen ist. Wenn solche in genügender Menge beschafft werden können, so ist wohl guter Grund vorhanden, anzunehmen, daß befriedigende Indigoernten erzielt werden können. Düngestoffe sind allerdings gegenwärtig recht kostspielig und obendrein schwer zu beschaffen. Nach verlässlichen Schätzungen scheint es aber dennoch sicher zu sein, daß man soweit kommen wird, in absehbarer Zeit nicht die Konkurrenz des künstlichen Indigos befürchten zu müssen. — Alles in allem sind also die Aussichten des indischen Indigobaues wenig günstig, sie werden völlig zusammenschrumpfen, sobald das unübertroffene deutsche Fabrikat wieder auf dem Weltmarkt erscheinen wird. (Der Neue Orient, Bd. 4, Heft 3/4.)

Die **chemische Industrie in Frankreich** hofft (nach Handelsmuseum), sich von der Einfuhr von Kohlenstickstoff aus Norwegen unabhängig zu machen, dadurch, daß sie die elektrische Kraft und die Kalklager des Departements Lozère im südlichen Zentrum Frankreichs auszunutzen beabsichtigt. Die Parfümeriefabriken werfen sich auf die Erzeugung gewisser flüssiger Farben und die chemischen Werke in Südfrankreich beginnen Anilinfarben zu erzeugen. Die Seidenfabriken in Marseille hoffen den Rohstoff- und den Frachtraummangel zu überwinden und dem englischen Wettbewerb wieder erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Schweiz. Geschäftliche Änderung. Das bisher unter der Firma Eugen Schmidt, Zürich, betriebene Einfuhrgeschäft für technische Drogen, Chemikalien, Öle usw. wird unter der Firma Emil Vogel weitergeführt; der frühere Besitzer Eugen Schmidt zieht sich von seiner geschäftlichen Tätigkeit zurück.

Italien. Im „Sole“ vom 25.—26./11. 1918 wird in einem längeren Artikel auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die der italienischen **pharmazeutischen Industrie** durch Deutschland droht, falls bei der Grenzöffnung die Regierung keine Maßnahmen ergriffen habe, um die während des Krieges ausgebaute pharmazeutische Industrie auch in der Friedenszeit zu schützen. Diese Industrie und ihr Handel seien von der großen chemischen Industrie abhängig, von der sie ihre Rohstoffe beziehe. Der Staat müsse seinerseits den der pharmazeutischen Industrie nötigen Alkohol in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stellen, und zwar ohne Monopolsteuer. Dasselbe sei der Fall mit dem Zucker und allen anderen Rohstoffen, über die der Staat die Verfügung habe.

Die Engländer sind im Begriff, in Catania eine Citronensäurefabrik zu errichten (nach Muster der vor etwa acht Jahren in Arenella bei Palermo von Deutschen eröffneten und kurz nach Kriegsausbruch von Engländern in Besitz genommenen Citronen-, Wein- und Schwefelsäurefabrik). (Popolo Romano vom 12./12.1918.) *on.*

Griechenland. Die Menge der zur Zeit im Lande lagernden getrockneten Weinbeeren wird auf 80 Mill., die laufende Jahreserzeugung auf 300 Mill. venezianische Pfunde (1 v. Pfund = 480 g) geschätzt. Bei einer Konferenz griechischer Industrieller, die sich mit der Verwertung der Weintraubenlager beschäftigten, wurde beschlossen: 1. größere Mengen frischer Korinther Trauben zur Herstellung von Wein zu verwenden; 2. aus weiteren Mengen trockener Weinbeeren Alkohol zu erzeugen, an dem großer Mangel herrscht; 3. mit diesem Alkohol Motoren von Kraftwagen und Maschinen zu treiben; 4. aus den Trauben für den inländischen Verbrauch sowohl wie für die Ausfuhr Zucker herzustellen. (Österr. Konsular-Korrespondenz.) *u.*

Dänemark. Die Dänische Schwefelsäure- und Superphosphatfabrik A.-G. in Kopenhagen erhöht das Aktienkapital um 5 auf 10 Mill. Kr. Die neuen Aktien werden zu 250% ausgegeben (1917/18 verteilte das Unternehmen 15% Dividende und 30% Bonus). *ar.*

Schweden. Die von der Spiritfabrik zu einer Holding Company für chemische Werte umgebildete Reymersholms Industrial Co. verteilt aus 4,17 gegen 1,78 Mill. Kr. Reingewinn 10 (7)% Dividende. *ll.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Das Prädikat Professor erhielten: Dr. J. Fiehe, Chemiker bei dem Hygienischen Institut in Posen, und Dr. E. Gilde-meister, wissenschaftlicher Mitarbeiter an demselben Institut.

Der Privatdozent für Landwirtschaft an der Universität Jena, Dr. Adolf Zade, ist zum a. o. Professor, Prof. Dr. Hermann Pauly, Privatdozent für Chemie an der Universität Würzburg, zum o. Professor ernannt worden.

Prof. Dr. Neger, bisheriger Schriftleiter der „Sächsischen Landwirtschaftlichen Zeitschrift“, legte seine Tätigkeit anlässlich der Wiederaufnahme seiner Vorlesungen an der Forstakademie Tharandt nieder.

Dr. Leo Arons, früher Privatdozent der Physik an der Berliner Universität, hat den ihm vom Ministerium für Unterricht und Volksbildung angebotenen Professortitel abgelehnt.

Prof. Alb. Einstein, lesendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Berlin, hat einen Ruf an die Universität Zürich erhalten.

Dr. Percy F. Frankland, Professor für Chemie an der Universität Birmingham, tritt von seinem Lehramt zurück.

Die Abteilung Handelsingenieurwesen des Friedrichs-Polytechnikums in Cöthen ist nach dem Kriege zu einer Handelshochschule erweitert worden. Das Polytechnikum ist demnach eine Gewerbe- und Handelshochschule unter denselben Zulassungsbedingungen wie die übrigen Handelshochschulen.

Es wurden ernannt (berufen): Ing. Dr. Leopold Radlberger, Leiter der chemisch-mechanischen Prüfungsanstalt des Werkes Liesing der G. Roth A.-G., Liesing, zum Stadtchemiker von Liesing bei Wien; Chemiker Robert Bürstender, Berlin-Lichterfelde, zum öffentlich angestellten und beidigten Sachverständigen für fettlose Waschmittel von der Potsdamer Handelskammer; Dr. Gustav Seiffert als ärztlicher Hilfsarbeiter für soziale Hygiene und Gewerbehygiene in das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: Anton Böhm, technischer Verwalter in Grusbach, zum technischen Direktor der Zuckerfabrik und Raffinerie in Wegstätt; zu Reichsbevollmächtigten für das Rheinisch-westfälische Kohlengebiet gemäß der auf S. 60 gebrachten Verordnung: 1. Geheimer Bergrat Röhrig im Handelsministerium, 2. Generaldirektor Vögler in Dortmund, 3. Gewerkschaftsbeamter Otto Hue; zu Bevollmächtigten für das oberschlesische Kohlengebiet: Geh. Bergrat Buntzel, Breslau, von der staatlichen Bergbauverwaltung, Geh. Bergrat Hilger, Berlin, von der Königlaura-Hütte, Gewerkschaftssekretär H. Löffler, Kattowitz; Werner Jantzen zum stellvertretenden Geschäftsführer, Ing.-Chemiker H. Jentgen zum Prokuristen und Vorstand der Rohstoffstelle, und Dipl.-Ing. Riemer zum Prokuristen und Vorstand der Freigabestelle der Mineralölversorgungs-Ges. m. b. H., früher Krügs-Schmieröl-Ges. m. b. H. (vgl. S. 44); Jean Laband, Berlin, und Generaldirektor Jul. Schlickum, Hamburg, zu Aufsichtsratsmitgliedern der Firma Verein chemischer Fabriken, A.-G., Zeitz; Dipl.-Hütteningenieur Zoltan Lázár unter gleichzeitiger Verleihung des Titels und Charakters eines Ministerialrates zum Direktor der Zentralkonstruktion der staatlichen ungarischen Eisenwerke; Dr. Gustav Mikusch zum Leiter der neuerrichteten Deutsch-österreichischen Zuckerstelle; Kammerhilfssekretär Dr. Eugen Moor und Gewerkschaftspräsident Johann Hubai zu

Verwaltungsräten der Ungarischen Lederbeschaffungs-A.-G. (Lederzentrale).

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Dr. Aferbeck, Aufsichtsratsvorsitzender der Sächsisch-Thüringischen Portlandzementfabrik Prüssing & Co., bei den Mitteldeutschen Zementwerken, G. m. b. H., Halle; Farbeidirektor Adolf Büschgens, die Farbeibesitzer Paul Overlack und Fritz Kress und Fritz Rangs, sämtlich in Krefeld, bei der Stückfabrik, G. m. b. H., Krefeld; Max Deventer, München, bei der Firma Chemische Fabrik Franz Deventer, G. m. b. H., München; Direktor Rudolf Friedrich Gabler, Falkenstein i. V., bei der Firma Verwertung chemischer Produkte, G. m. b. H., Leipzig; Alexander Schirn, Emmenich, (Mitgeschäftsführer) bei der Firma Chemische Fabrik Langenberg & Co., G. m. b. H., Emmerich; Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Siedler bei dem deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine; Franz Zinser, Aulendorf, bei der Firma Torfwerk Aulendorf, G. m. b. H., Aulendorf.

Prokura wurde erteilt: Albert Bode, Wöln, Alfred Franke, Berlin, und Paul Mischke, Berlin, für die A.-G. für Anilinfabrikation, Treptow-Berlin; Viktor Hugo Erich Fischer, Dresden, für die Deutsche Kunstleder-A.-G., Kötz; Bergingenieur Dipl.-Ing. Ernst Hennemann, Georgsmarienhütte, für die Firma Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein A.-G., Abt. Zeche Werne, Hauptniederlassung zu Georgsmarienhütte; Otto Kühn, Kassel, für Stahl & Nölke, A.-G. für Zündwarenfabrikation, Kassel; Jacques Oggenfuss und Ernst Bickel, Zürich, für die Firma Emil Vogel, Importgeschäft für technische Dragen, Chemikalien, Öle usw., Zürich; Georg Sell, Köln-Mülheim und Walter Janicke, Köln-Deutz, für die Chem. Fabrik und Farbwerke Dr. Koll & Spitz, Mülheim am Rhein; Ewald Weise und Robert Müller, beide in Cile, für die Firma Chr. Hostmann-Steinbergsche Farbenfabrik, G. m. b. H., Cile.

Dr. E. Schrödter, Düsseldorf, hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Geschäftsführer des Vereins deutscher Eisen-Portlandzementwerke niedergelegt. Sein Nachfolger ist Dr. A. Gutmann, Vorstand der Prüfungsanstalt des Vereins.

Gestorben sind: E. F. Harrison, analytischer Chemiker, Leiter der chemischen Abteilung zur Herstellung von Gasen im Munitionsmuseum, in London am 4./11. 1918 im Alter von 49 Jahren; Max Jelenkiewicz, Inhaber der Mineralwasserfabrik J. G. Wright, Hamburg, am 18./12. 1918; Kommerzialrat Gustav Josephy, Wien, langjähriger Präsident der Österreichischen Portlandzementfabrik A.-G.; Siegmund Nathan, früherer Direktor der Sonowicer Röhrenwerke, am 8./1. im Alter von 66 Jahren; H. W. Rave, langjähriger Oberingenieur der Alenschen Portlandzementfabriken, Hamburg; Apotheker Dr. Josef Reuland, Düren; Apotheker Dr. Johannes Weller, Cannstatt; Kommerzienrat August Riedinger, Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft für Gasindustrie in Augsburg.

Neue Zeitschriften.

Die Ukraine. Unter diesem Titel erscheint eine „Monatschrift“ für deutsch-ukrainische Volks-, Wirtschafts- und Kulturpolitik als Organ der deutsch-ukrainischen Gesellschaft, deren 1. Heft im Dezember 1918 herausgekommen ist (Verlag Dorandorf & Dresel, Hamburg 1, Semperhaus A.; Schriftl. Axel Schmidt, Berlin-Friedenau, Wilhelmshöherstr. 20). Das Heft wird mit einem Geleitwort der Schriftleitung eröffnet, in dem betont wird, daß die Pflege deutscher Beziehungen zur Ukraine trotz der augenblicklichen politischen Lage durchaus am Platze sei. Das nationale Bewußtsein habe in der Ukraine unausrottbar Wurzel gefaßt und man sei dort zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit uns nach wie vor bereit. Die Monatschrift ist deshalb berufen, eine genaue Kenntnis von Land und Leuten der Ukraine bei uns zu verbreiten.

Wie sehr diese Kenntnis für eine gedeihliche Entwicklung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu jenem Lande erforderlich ist und welchen Anteil an den Fehlschlägen unserer Ostpolitik seit Abschluß des mit soviel Hoffnungen begrüßten „Brotfriedens“ der Mangel an diesen Kenntnissen gerade bei den maßgebenden deutschen Machthabern in der Ukraine hat, das zeigt ein in demselben Heft veröffentlichter Aufsatz von Dr. Paul Rohrbach über „unsere ukrainische Politik“.

Ein hieran sich anschließender „ukrainischer Aufruf an das deutsche Volk“, datiert vom 30. 5. 1918, beschäftigt sich eingehend mit den innerpolitischen Verhältnissen, die durch erneutes Vordringen des Moskowitums in Regierung und Verwaltung charakterisiert sind, und weist darauf hin, daß in der Zurückdrängung dieser Einflüsse die Interessen der Ukraine mit denjenigen Deutschlands den gleichen Weg gehen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse behandelt der folgende Aufsatz von O. Keller-Friedenau über den deutsch-ukrainischen Handelsaustausch. Wir sehen hier, welche Entwicklungsanätze unserer Handelsbeziehungen unsere Revolution zum jähen, hoffentlich nicht endgültigen Abbruch gebracht hat. *Sf.*

1) Bezugspreis 7.50 M. jährlich, Einzelheft — 75 M.